

Sicher im Feuerwehrdienst

Das Heft zum Medienpaket der Feuerwehr-Unfallkassen
zum Medienprogramm „Blickpunkt Feuerwehr-Sicherheit“

Ausgabe 2017

Herausgeber:

Die Arbeitsgemeinschaft der Feuerwehr-Unfallkassen
(Anschriften siehe Umschlagrückten)

Verantwortlich für den Inhalt:

Feuerwehr-Unfallkasse Mitte
Hanseatische Feuerwehr-Unfallkasse Nord

1. Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort	4
2.	Einleitung	5
3.	Der rote Faden	6
4.	Gefährdungsbeurteilung	7
5.	UVV „Feuerwehren“	14
5.1.	Organisation	14
5.2.	Feuerwehreinrichtungen	20
5.3.	Betrieb	21
6.	Zusammenfassung	28
7.	Literatur	29
	Anhang 1: Hauptmenü der DVD	29
	Anhang 2: Liste der Medienpakete	30

1. Vorwort

Sie halten das Heft des 26. Medienpaketes der Feuerwehr-Unfallkassen zum Medienprogramm „Blickpunkt Feuerwehr-Sicherheit“ in den Händen. Es soll Sie in Bezug auf Sicherheit und Gesundheitsschutz im Feuerwehrdienst unterstützen.

Anliegen dieses Medienpaketes ist es, den Trägern des Brandschutzes und den Feuerwehren grundsätzliche Hinweise für die Durchführung verschiedener Tätigkeiten im Feuerwehrdienst zu geben und die Feuerwehrangehörigen zu motivieren, die aufgeführten Verhaltensanforderungen auch umzusetzen.

Mit Hilfe des Medienpaketes sollen verschiedenen Gefährdungen im Feuerwehrdienst aufgezeigt bzw. erläutert werden, beginnend mit der Alarmierung der Feuerwehrangehörigen, der anschließenden Fahrt zum Feuerwehrhaus, der Einsatzfahrt etc. und endend mit der Auswertung des Einsatzes. Weiterhin wird in diesem Medienpaket mit betroffenen Personen gesprochen, welche während ihres Einsatzes einen Unfall erlitten und die daraus ihre ganz persönlichen Erfahrungen und Verhaltensregelungen gesammelt haben.

In Vorbereitung auf mögliche Einsätze ist u. a. in Abhängigkeit von der eingesetzten Ausrüstung eine Gefährdungsbeurteilung erforderlich, da während eines Einsatzes die Zeit hierfür nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Zur Durchführung eines sicheren Feuerwehrdienstes sind die vorhandenen Gefährdungen zu erfassen, zu beurteilen und entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Feuerwehrangehörigen zu treffen.

Das vorliegende Medienpaket „Sicher im Feuerwehrdienst“ soll anhand einzelner Beispiele und Situationen aufzeigen, wie sicherheitsgerechtes Verhalten auch während des Feuerwehrdienstes praktiziert werden kann. Es wendet sich daher sowohl an die Führung der Feuerwehr, Ausbilder innerhalb der Feuerwehren als auch an die Feuerwehrangehörigen selbst.

Das Medienpaket umfasst ein Begleitheft mit ausführlichen Erläuterungen und eine DVD. Auf der DVD befindet sich neben dem bereits genannten Begleitheft im pdf-Format auch der Film mit dem gleichnamigen Titel „Sicher im Feuerwehrdienst“, der

sowohl im Ganzen als auch in abrufbaren Filmsequenzen aus den Menüs heraus betrachtet werden kann. Außerdem ist für Schulungszwecke auf der DVD eine Power-Point-Präsentation enthalten, die als Unterrichtskonzept zu diesem Thema oder nach der Filmvorführung eingesetzt werden kann.

2. Einleitung

Die Basisvorschrift für die Präventionsarbeit aller Berufsgenossenschaften und Unfallversicherungsträger ist die Unfallverhütungsvorschrift (UVV) „Grundsätze der Prävention“ (DGUV Vorschrift 1). Diese UVV bildet die Grundpflichten der Träger der Feuerwehr (Unternehmer) und der Feuerwehrangehörigen (Versicherte Personen) ab. Eine Konkretisierung dieser Vorschrift erfolgt in weiteren Unfallverhütungsvorschriften, insbesondere in der UVV „Feuerwehren“ (DGUV Vorschrift 49).

In diesem Medienpaket werden die für die Feuerwehren wesentlichen Bestimmungen der UVV „Feuerwehren“ behandelt. Diese Unfallverhütungsvorschrift gilt für Unternehmerinnen und Unternehmer, ehrenamtliche Feuerwehrangehörige, Feuerwehreinrichtungen und den Feuerwehrdienst.

Dass der Dienst in der Feuerwehr gefährlich ist, zeigen die Unfallstatistiken der Feuerwehr-Unfallkassen. Gerade der Feuerwehrdienst, insbesondere der Einsatzdienst mit seinen physischen und psychischen Belastungen, unterscheidet sich grundlegend von anderen Tätigkeiten von Arbeitnehmern und ist mit erhöhten Anforderungen an die Feuerwehrangehörigen verbunden. An die im Alarmfall genutzten Bereiche außerhalb sowie in Feuerwehrhäusern sind deshalb andere, zum Teil höhere Anforderungen an die technisch-bauliche Sicherheit zu stellen, als an normale Arbeitsstätten. Eine dementsprechende Gestaltung der Feuerwehreinrichtungen sowie eine geeignete Organisation des Feuerwehrdienstes sind Voraussetzungen dafür, dass auch bei der gebotenen Eile der Feuerwehrangehörigen das Unfallrisiko minimiert wird. Fahrzeuge, Maschinen, Geräte und Ausrüstungen der Feuerwehr müssen im Einsatzfall betriebs- und funktionssicher sein und auch in Stresssituationen sicher gehandhabt werden können. Spezielle Anforderungen hinsichtlich der Organisation, der Feuerwehreinrichtungen und dem Betrieb sind in der UVV „Feuerwehren“ hierzu berücksichtigt.

Außerdem setzen die unterschiedlichen Aufgaben, Tätigkeiten und Funktionen in der Feuerwehr das Vorhandensein entsprechender körperlicher und geistiger Eignungen sowie fachliche Befähigungen der Feuerwehrangehörigen voraus.

Das Medienpaket „Sicher im Feuerwehrdienst“ ist keine Ausbildungsanleitung. Es gibt jedoch unterstützend bzw. ergänzend Hinweise zu Handlungsabläufen und Tätigkeiten im Feuerwehrdienst in Bezug auf Sicherheit und Gesundheitsschutz. Handlungen in den Filmsequenzen bezüglich der Ausbildungsinhalte für den Feuerwehrdienst sind nicht vollständig. Für Inhalt und Gestaltung der Ausbildung in der Feuerwehr sind neben der UVV „Feuerwehren“, die Feuerwehr-Dienstvorschriften (FwDV'n), feuerwehrspezifische Regeln und Informationen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) sowie Hinweise von Behörden, Feuerwehrverbänden usw. zu berücksichtigen.

3. Der rote Faden

Als „Der rote Faden“ wird die aufeinander abgestimmte Benutzung des Begleitheftes, der auf der DVD befindlichen Präsentation und des Films „Sicher im Feuerwehrdienst“ bezeichnet. Es wird ein Lehrgespräch mit Unterstützung durch die auf der DVD enthaltene Präsentation empfohlen. Der Lernerfolg kann durch die aktive Einbeziehung der Teilnehmer in die Unterrichtsgestaltung gesteigert werden. Das kann beispielsweise durch wechselseitige Frage-Antwort-Situationen oder durch Beispielschilderungen aus der Praxis erfolgen.

Im Film werden Risiken aus verschiedenen Einsatzbereichen dargestellt. An einzelnen Beispielen können durchaus auch spezielle Details vertieft werden.

Achtung: Die dargestellten Sachverhalte können nur beispielhaft die zu betrachtenden Gefährdungen und die entsprechenden Gegenmaßnahmen beschreiben. In jedem Einzelfall sind die auftretenden Gefährdungen zu ermitteln und daraus die entsprechenden Schutzmaßnahmen abzuleiten (Gefährdungsbeurteilung).

Nachdem der Film gezeigt wurde, können die entsprechenden Schwerpunkte nacheinander besprochen werden. Die auf der DVD vorhandene Power-Point-Präsentation soll dabei unterstützen. Der weitere Verlauf des Gespräches ist jedoch von den Aktivi-

täten der einzelnen Teilnehmer abhängig. Durch gezielt gestellte Fragen ist auch eine strukturierte Vorgehensweise möglich.

4. Gefährdungsbeurteilung

Ursache für die Entstehung von Unfällen ist das Vorhandensein von Gefahrenquellen. Nur wer diese erkennt, kann zielgerichtet etwas für die Unfallverhütung unternehmen. Hierbei hilft die Gefährdungsbeurteilung. Die Gefährdungsbeurteilung ist somit ein Instrument zur Ermittlung der Gefährdungen und zur Abschätzung der von ihnen ausgehenden Risiken mit dem Ziel, geeignete Maßnahmen gegen das Wirksamwerden der Gefahren einzuleiten. Sie ist das Verfahren zur Beurteilung von Gesundheits- und Sicherheitsgefährdungen im Unternehmen.

Gemäß der UVV „Grundsätze der Prävention“ bzw. dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) und der UVV „Feuerwehren“ hat der Unternehmer (Arbeitgeber bzw. Träger des Brandschutzes) die Durchführung der Gefährdungsbeurteilung zu organisieren, zu überwachen sowie dazu geeignete Führungs- und Fachkräfte hinzu zu ziehen. Nur der Unternehmer kann darüber entscheiden, welche Sicherheitskultur zu pflegen ist und wie hoch das im Unternehmen vorzulegende Restrisiko sein soll.

Es ist festzulegen, für welche Aufgabe, Ausrüstung oder Personengruppe die Gefährdungsbeurteilung durchgeführt werden muss. Anschließend sind dafür alle Gefährdungen und Belastungen der Feuerwehrangehörigen zu ermitteln. Die Bereiche des Feuerwehrdienstes sind zum großen Teil bereits unter Sicherheitsaspekten beleuchtet. Dies hat seinen Niederschlag in der Lehre zu den „Gefahren der Einsatzstelle“ sowie den Feuerwehr-Dienstvorschriften gefunden.

Für die Gefährdungsbeurteilung in der Feuerwehr können u. a. die DGUV Informationen 205-021 „Leitfaden zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung im Feuerwehrdienst“, 205-008 „Sicherheit im Feuerwehrhaus“, 205-010 „Sicherheit im Feuerwehrdienst“ und 205-014 „Auswahl von persönlicher Schutzausrüstung für Einsätze bei der Feuerwehr“ herangezogen werden.

Der theoretische **Ablauf einer Gefährdungsbeurteilung** besteht aus 8 Schritten und sieht wie folgt aus:

Der theoretische **Ablauf einer Gefährdungsbeurteilung** sieht wie folgt aus:

Schritt 1: Festlegen der Betrachtungseinheiten

Es ist festzulegen, für welche Aufgabe/Tätigkeit (tätigkeitsbezogen) oder welche Arbeitsplätze (ortsbezogen) die Gefährdungsbeurteilung durchgeführt werden soll. Gleichartige Tätigkeiten und Arbeitsvorgänge, gleiche Orte der Tätigkeit oder der Umgang mit gleichen Arbeitsmitteln können sinnvoll zusammengefasst werden, um dafür eine Gefährdungsbeurteilung durchzuführen.

Personen mit körperlicher Beeinträchtigung oder schwangere Frauen müssen speziell betrachtet werden.

Anschließend sind dafür alle zu erwartenden Gefährdungen und Belastungen der Feuerwehrangehörigen zu ermitteln.

Zunächst sind zur Ermittlung der Gefährdungen die Begriffe „Gefahr“ und „Gefährdung“ zu erläutern.

Gefahr: Eine Gefahr wird als ein Zustand oder ein Ereignis bezeichnet, bei dem ein unvertretbares (nicht akzeptables) Risiko besteht. Es ist davon auszugehen, dass ein Schaden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eintritt. Bei Gefahr besteht also eine Situation, in der Leben oder Gesundheit bedroht wird. Mit dem Wirksamwerden der Gefahr besteht die Möglichkeit, dass einer Person etwas zustößt, also ein Schaden eintritt. Mit Gefahr wird daher eine Sachlage bezeichnet, die bei ungehindertem Ablauf eines erwarteten Geschehens nach menschlicher bzw. sachverständiger Prognose die Wahrscheinlichkeit eines Schadens in sich birgt. Die betroffenen Rechtsgüter sind hier das Leben und die Gesundheit der Feuerwehrangehörigen.

Bei der Ermittlung der Gefahren ist stets auch die Wahrscheinlichkeit ihres Auftretens sowie der Schweregrad der Folgen (Schadensausmaß) bei ihrem Wirksamwerden von Bedeutung. Hierbei sind auch die technischen und menschlichen Möglichkeiten zur Vermeidung oder Begrenzung des Schadens zu berücksichtigen. D. h., auch die Qualifikation der Feuerwehrangehörigen, ihre Fähigkeiten, Fertigkeiten und ihre Motivation sind bei der Beurteilung des Risikos einzubeziehen.

Gefährdung: Eine Gefährdung ist die Grundlage für einen arbeitsbedingten Unfall oder eine arbeitsbedingte Gesundheitsbeeinträchtigung. Sie ist ein Zustand oder eine Situation, in der die Möglichkeit eines Gesundheitsschadens besteht. Gefährdungen sind durch die Möglichkeit des räumlichen und/oder zeitlichen Zusammentreffens einer Person mit einer Gefahrenquelle gekennzeichnet.

Gefährdungen sind dadurch gekennzeichnet, dass schädigende Energien bzw. Einflüsse (z. B. elektrische Energie, Gefahrstoffe) mit dem Menschen räumlich und zeitlich zusammentreffen und damit die Möglichkeit des Eintritts eines Gesundheitsschadens gegeben ist. Zu Gefährdungen zählen ebenfalls arbeitsbedingte Belastungen, z. B. Arbeitsumgebungsbedingungen, schwere körperliche Arbeit und psychische Belastungen.

Basis der Beurteilung der Gefährdungen ist die Festlegung des Restrisikos, von dem die Bewertung der Gefährdungen abhängt. Werden in Vorschriften konkrete Forderungen gestellt, muss stattdessen deren Einhaltung geprüft werden. Ein Abweichen zu höheren Risiken ist dann nicht zulässig – die Vorschriften sind einzuhalten.

!!! Gefahr + Mensch = Gefährdung !!!

Schritt 2: Ermittlung der Gefährdungen

Zum systematischen Ermitteln aller Gefährdungen und Belastungen, die im Feuerwehrdienst auftreten können, kann die DGUV Information 205-021 „Leitfaden zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung im Feuerwehrdienst“ als Orientierung dienen. Hier sind im Gefährdungs- und Belastungskatalog die Gefährdungs-/ Belastungsfaktoren in 11 Gefährdungsgruppen eingeteilt.

1. Mechanische Gefährdungen
2. Elektrische Gefährdungen
3. Chemische Gefährdungen
4. Biologische Gefährdungen
5. Brand- und Explosionsgefährdungen
6. Thermische Gefährdungen
7. Physikalische Gefährdungen

8. Gefährdungen durch Arbeitsumgebungsbedingungen
9. Physische Belastungen
10. Psychische Belastungen
11. Sonstige Gefährdungen

Schritt 3: Risikobeurteilung

In der Risikobeurteilung sind für die ermittelten Gefährdungen und Belastungen deren Risiken zu beurteilen, um später die geeigneten, dem möglichen Schadensausmaß und der Eintrittswahrscheinlichkeit des Schadenseintritts angepasste und verhältnismäßige Maßnahmen zu treffen.

Bei der Risikobeurteilung werden die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts und das mögliche Schadensausmaß eingeschätzt. Das Risiko wird somit bestimmt aus dem Produkt der Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts mit der zu erwartenden Schwere des Schadens. Bei der Beurteilung sind die technischen und menschlichen Möglichkeiten zur Vermeidung oder Begrenzung des Schadens zu berücksichtigen, Zu den menschlichen Möglichkeiten gehören ihre Qualifikation, ihre Fähigkeiten, Fertigkeiten und ihre Motivation. Aber auch die Widerstandsfähigkeit bzw. die Belastungsgrenzen der persönlichen Schutzausrüstungen spielen bei der Beurteilung eine wichtige Rolle.

Schritt 4: Ableiten von Schutzziele (Festlegung des Restrisikos)

Bevor eine Beurteilung der Gefährdungen vorgenommen werden kann, ist seitens des Trägers des Brandschutzes entsprechend seiner eigenen Sicherheitsphilosophie das Niveau seines Sicherheitsstandards festzulegen. So ist vorzugeben, wie weit unterhalb des (nicht zu überschreitenden) höchsten akzeptablen Risikos (Grenzrisiko) das Restrisiko liegen soll. Nach dem Willen des Gesetzgebers ist das ein Instrument, um mehr Spielraum für die eigene Gestaltung der Bedingungen in Bezug auf Sicherheit und Gesundheitsschutz zu geben. Das höchste akzeptable Risiko ist häufig in Rechtsvorschriften als Anforderung schutzzielhaft festgelegt. Ein Abweichen zu höheren Risiken ist dann nicht zulässig – die Vorschriften sind einzuhalten. Der Träger des Brandschutzes kann aber entscheiden, wie viel besser er sein will, als die durch Rechtsvorschriften vorgegebenen minimalen Sicherheitsstandards.

Schritt 5: Vergleich des Risikos mit dem Restrisiko und Auswahl von Maßnahmen

Das Ergebnis der Risikobeurteilung ist mit den in Schritt 4 festgelegten Schutzzielen und dem dort festgelegten Restrisiko zu vergleichen.

Hierbei ist zunächst zu prüfen, wo sich das vorgefundene Risiko im Vergleich zum Grenzkrisiko (höchstes akzeptables Risiko) befindet. Liegt das bestehende Risiko oberhalb des Grenzkrisikos, besteht unbedingt Handlungsbedarf (notwendige minimale Risikoverminderung). Das Grenzkrisiko bezeichnet den Bereich von noch allgemein akzeptierten Gefahren, die zu einer bestimmten Tätigkeit in der Regel dazugehören. Ziel des Grenzkrisikos muss es in der Regel sein, bleibende Gesundheitsschäden oder unfallbedingte Ausfälle zu vermeiden.

Festzulegende Maßnahmen können z. B. darin bestehen,

- die verwendete Technik zu verändern, indem Gefährdungen beseitigt werden oder Technik gegen sichere ersetzt wird,
- persönliche Schutzausrüstungen zu beschaffen oder zu optimieren,
- Arbeitsverfahren zu verändern und z. B. auch Hilfsmittel einzusetzen oder Prozesse, wie die Beschaffung und Prüfung der Technik,
- die Unterweisungen zu optimieren.

Bei der Festlegung der zu treffenden Maßnahmen der Risikominimierung einer bestimmten Gefährdung ist die Rangfolge zu beachten.

Als vorrangige Maßnahme ist nach Möglichkeit die **Gefahrenquelle zu beseitigen**. Ist dies nicht möglich, ist das **Wirksamwerden der Gefahrenquellen** durch technische (T) (z. B. besondere technische Sicherheitseinrichtungen), organisatorische (O) (z. B. zeitliche oder räumliche Trennung von Mensch und Gefahrenquelle) oder personenbezogene Maßnahmen (P) (z. B. geeignete persönliche Schutzausrüstungen und letztlich auch durch Verhaltensanforderungen) zu **unterbinden**, um das Verletzungsrisiko der Feuerwehrangehörigen zu minimieren (Rangfolge **T-O-P**).

Schritt 6: Durchführung der Maßnahmen

Die festgelegten Maßnahmen zum Erreichen der abgeleiteten Schutzziele sind durchzuführen.

Schritt 7: Dokumentation der Ergebnisse der Gefährdungsbeurteilung und der ergriffenen Maßnahmen

Die Ergebnisse der Gefährdungsbeurteilung sowie die Maßnahmen sind zu dokumentieren und dabei auch die Verantwortlichkeiten für die Durchführung der Maßnahmen festzulegen.

Schritt 8: Kontrolle der Wirksamkeit der Maßnahmen und „Nachjustierung“

Zuletzt ist im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung zu prüfen, ob infolge der getroffenen und durchgeführten Maßnahmen die angestrebte Sicherheit dauerhaft erreicht ist. Andernfalls muss nachgebessert werden, indem weitergehende Maßnahmen getroffen und eingeleitet werden.

Die Gefährdungsbeurteilung ist ein kontinuierlicher Prozess, in dem ständig überwacht werden muss, ob sich die Gefährdungslage aufgrund sich ändernder Bedingungen verändert hat. Dann wäre der Zyklus der Gefährdungsbeurteilung beginnend mit Schritt 1 erneut zu starten.

Zusammengefasst stellt sich die Gefährdungsbeurteilung wie folgt dar:

1. Zunächst ist die Betrachtungseinheit festzulegen. Das heißt, es ist festzulegen, für welchen Arbeitsbereich oder welche Tätigkeit die Gefährdungsbeurteilung durchgeführt wird. Eine solche Betrachtungseinheit könnte beispielhaft die Übung, die Heißausbildung, der Werkstattdienst in der Atemschutzwerkstatt, generell das Feuerwehrhaus oder das Arbeiten mit der Motorkettensäge sein.
2. Anschließend sind alle Gefährdungen zu der Betrachtungseinheit zu ermitteln und
3. dann hinsichtlich ihres Risikos zu bewerten. Getragene PSA wird hierbei nicht berücksichtigt, denn sie stellt bereits eine durchgeführte Maßnahme dar!

4. Es muss der Sollzustand (gewünschtes Restrisiko) festgelegt werden. Hierbei sind Vorgaben aus Vorschriften zu ermitteln (Mindestanforderungen als Grenzkrisiko) und bei deren Fehlen oder bei vorgesehenem höherem Sicherheitsstandard eigene Anforderungen zu formulieren.
5. Im Vergleich des Istzustandes mit dem Sollzustand sind bei Überschreitung des Grenzkrisikos bzw. des individuell festgelegten Restrisikos geeignete Maßnahmen zur Beseitigung bzw. Minderung der Gefährdung festzulegen.
6. Die Maßnahmen sind durchzuführen und ihre Wirksamkeit unter Kontrolle zu halten.
7. Die Gefährdungsbeurteilung mit den ergriffenen Maßnahmen ist zu dokumentieren.
8. Erforderlichenfalls muss bei der Festlegung der Maßnahmen nachgebessert werden, wenn sie sich als noch nicht wirksam genug erweisen. Der Vorgang beginnt dann von Neuem. Andernfalls kann eine Fortschreibung der Gefährdungsbeurteilung auch erforderlich werden aufgrund neuer Erkenntnisse über vorhandene Gefahren, über Unfälle und Beinaheunfälle oder neuer Vorschriften.

In der Praxis sind für viele typische Tätigkeiten des Feuerwehrdienstes die dabei auftretenden Gefährdungen bereits ermittelt. Daraus abgeleitet enthält die UVV „Feuerwehren“ bereits grundlegende, oft allgemein gehaltene Anforderungen für das sicherheitsgerechte Verhalten an Übungs- und Einsatzstellen, z. B. bei der Wasserförderung, bei Abseilübungen, beim Einsatz mit Atemschutzgeräten oder bei Einsturz- und Absturzgefahren. Diese Forderungen sind bei der eigenen Festlegung von Schutzziele (Schritt 4) zu berücksichtigen.

Bei Feuerwehreinsätzen können auch unvorhersehbare Situationen eintreten. Dies kann nicht per Vorschrift ausgeschlossen werden. Für die Einsatzfähigkeit helfen hier die Festlegungen des Führungsvorganges mit der Systematik der „Gefahren der Einsatzstelle“. Der Führungsvorgang gemäß FwDV 100 mit der Lagererkundung ist gleichzusetzen mit der Gefährdungsbeurteilung beim Feuerwehreinsatz. Auch die FwDV'n enthalten für einige dieser Fälle bereits konkrete Regelungen. Die FwDV 7 sieht z. B. eine Atemschutzüberwachung, eine Rückwegsicherung und in der Regel die Bereitstellung eines Sicherheitstrupps vor. So wurden hier, ausgehend von einer Gefährdungsbeurteilung, für typische Einsatzsituationen bereits erforderliche Maßnahmen zur geeigneten Reaktion auf Gefährdungen getroffen.

Es gibt aber auch Bereiche, die nicht durch Unfallverhütungsvorschriften oder Feuerwehr-Dienstvorschriften abgedeckt sind. Für diese müssen sich die Verantwortlichen der Feuerwehr selbst Gedanken über mögliche Gefährdungen und entsprechende Gegenmaßnahmen machen. Hierzu zählen beispielsweise Übungen, bei denen die Gefahren der Einsatzstelle nicht zu erwarten sind, der Feuerwehrdienstsport oder die Feuerwehrwettkämpfe.

5 UVV „Feuerwehren“

Mit der UVV „Feuerwehren“ haben die Feuerwehren ein eigenständiges Regelwerk für einen sicheren Feuerwehrdienst. Es wird dem Umstand Rechnung getragen, dass eine Vielzahl von Tätigkeiten im Feuerwehrdienst aus Gründen wie z. B. der zeitlichen Eile, der zufälligen Zusammensetzung der Mannschaft aber vor allem dem hohen Unfallrisiko bei Einsätzen anders zu betrachten sind, als ein regulärer, planbarer Arbeitsplatz.

5.1 Organisation

Verantwortung für den Arbeitsschutz

Die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Feuerwehrangehörigen liegen in der Verantwortung der Stadt oder der Gemeinde (Unternehmer). Der Unternehmer hat für eine wirksame Organisation zu sorgen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Feuerwehrdienst aufgrund folgender Aspekte häufig von den üblichen betrieblichen Gegebenheiten abweicht. Zu nennen wären beispielsweise:

- Weder Zeitpunkt noch Aufgaben und Tätigkeiten der Einsätze sind planbar.
- Das Gefährdungspotenzial von Feuerwehreinsätzen ist hoch und sie sind mit einem hohen Restrisiko für die Feuerwehrangehörigen verbunden.
- Einsätze, insbesondere zur Rettung von Personen sind mit besonderer Eile verbunden.
- Einsätze sind oftmals mit hohen physischen und psychischen Belastungen für Feuerwehrangehörige verbunden.

Darüber hinaus muss die Unternehmerin oder der Unternehmer bedenken, dass in freiwilligen Feuerwehren überwiegend ehrenamtliche Feuerwehrangehörige tätig sind. Die sich daraus ergebenden Strukturen und Anforderungen müssen bei der Wahrnehmung der Verantwortung besonders berücksichtigt werden.

Dazu zählen insbesondere:

- Zufälligkeit der Verfügbarkeit und Zusammensetzung der Feuerwehrangehörigen zum Zeitpunkt des Einsatzes,
- besondere Anforderungen bei der Personalauswahl und -qualifikation zur Sicherstellung der ständigen Einsatzbereitschaft,
- Belastungen der Feuerwehrangehörigen durch unmittelbar vorangegangene und folgende berufliche oder private Tätigkeiten,
- die Konzentration auf die Pflichtaufgaben aufgrund begrenzter zeitlicher Ressourcen. Die Trägerin oder der Träger der Feuerwehr soll insbesondere bei organisatorischen Verwaltungsaufgaben das Ehrenamt entlasten,
- die Prüfung der Notwendigkeit der Übertragung von Aufgaben, die keine Pflichtaufgaben sind.

Ruhezeiten

Um den Gesundheitsschutz der Feuerwehrangehörigen zu gewährleisten, müssen nach Einsätzen ausreichend Ruhezeiten eingehalten werden.

Die grundsätzliche Regelung für Ruhezeiten nach Feuerwehreinsätzen ergibt sich aus den Brandschutzgesetzen der Länder. Hierin steht, dass Feuerwehrangehörige unter anderem für die Zeit der Teilnahme an Einsätzen von der Arbeits- und Dienstleistungsverpflichtung freizustellen sind und, soweit erforderlich, für einen angemessenen Zeitraum danach.

Ergänzend zu der Regelung der Brandschutzgesetze hat der Fachausschuss „Sozialwesen“ des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) eine Empfehlung zu Erholungs- bzw. Ruhezeiten für Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren nach Einsätzen erarbeitet.

Nach Einsätzen in den Nachtstunden (zwischen 22.00 und 06.00 Uhr) sollte sich die Ruhezeit an der Dauer der geopferten Nachtruhe orientieren. Für Schichtarbeiter gilt dies in gleichem Umfang auch zu anderen Tageszeiten.

Für Einsätze mit speziellen Belastungen, beispielsweise für Einsätze unter Atemschutz, sind in der Empfehlung konkrete Zeitangaben genannt. So darf eine Einsatzkraft maximal zweimal pro Einsatztag für ca. 40 Minuten als Atemschutzgeräteträger eingesetzt werden. Danach sind mindestens zwei Stunden Ruhezeit zur Regeneration einzuhalten.

Pflichtenübertragung

Der Unternehmer kann seine Pflichten im Arbeitsschutz übertragen, behält jedoch die Gesamtverantwortung. Überträgt der Unternehmer Pflichten auf andere Personen (z.B. Leiter der Feuerwehr, Führungskräfte), so muss er die Personen sorgfältig auswählen, prüfen ob die ausgewählte Person die Pflichten rechtlich überhaupt übernehmen kann und sicherstellen, dass diese Personen auch geeignet sind die Pflichten zu erfüllen. Die Befähigung umfasst alle körperlichen sowie geistigen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Eigenschaften.

Ist für die Pflichterfüllung eine Aus- und Fortbildung erforderlich, ist diese von der Unternehmerin oder vom Unternehmer zu veranlassen. Ebenso ist die sächliche Ausstattung zu stellen.

Feuerwehrangehörige, denen Führungsaufgaben obliegen, haben soweit ihnen möglich, für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der ihnen unterstellten Feuerwehrangehörigen zu sorgen.

Gefährdungsbeurteilung

Die Forderung zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung hinsichtlich der Arbeitsbedingungen durch den Arbeitgeber bestehen seit 1996.

Die Besonderheit im Feuerwehrdienst ist jedoch, dass eine systematische Gefährdungsbeurteilung nicht immer möglich ist. Aus diesem Grunde wird in zwei Bereiche unterschieden:

- A) Einsätze sind nicht planbar und gestalten sich jedesmal anders. Aus diesem Grund gibt es im Feuerwehrbereich Feuerwehr-Dienstvorschriften (FwDV'n) die als Gefährdungsbeurteilung nach FwDV 100 „Führung und Leitung im Einsatz“ mit einem standardisierten Führungskreislauf und einer Gefahrenmatrix (ACE-Schema) arbeiten sowie Standard-Einsatzregeln, die mit standardisierten Abläufen auf häufig wiederkehrende Einsätze abgestimmt sind. Diese Vorgehensweise ist gleichwertig einer Gefährdungsbeurteilung im Sinne § 3 Abs. 5 der UVV „Grundsätze der Prävention“.
- B) Planbare Tätigkeiten (für die keine nach A genannte Regelung besteht), z. B. Übungen und Werkstattendienste.

Darüber hinaus können Anlässe für eine systematische Gefährdungsbeurteilung sein:

- sofern ein Abweichen von den die Feuerwehr betreffenden DGUV Regeln oder DGUV Informationen erforderlich ist,
- bei Beschaffung und Umrüstung von Arbeitsmitteln (z. B. Werkzeuge, Maschinen),
- beim Einsatz neuer Arbeitsstoffe (z. B. Desinfektionsmittel, Schaummittel),
- nach Unfällen oder Beinaheunfällen im Feuerwehrdienst oder tätigkeitsbedingten Erkrankungen,
- wenn bauliche Anlagen nicht den Anforderungen des feuerwehrspezifischen Regelwerks entsprechen,
- bei Hinweisen zu gefährlichen Situationen z. B. von Behörden, Unfallversicherungsträgern oder Feuerwehrverbänden.

Persönliche Anforderungen

Feuerwehrangehörige müssen für den Feuerwehrdienst körperlich und fachlich geeignet sein. Während die fachliche Eignung über Lehrgänge gewährleistet wird, muss bei Zweifeln an der körperlichen Eignung diese ärztlich nachgewiesen werden. Das gilt vor allem bei körperlich besonders belastenden Tätigkeiten wie z. B. Tauchen, Höhenrettung und das Tragen von Atemschutz.

Weiterhin bleibt ein hohes Maß an Eigenverantwortung für den einzelnen Feuerwehrangehörigen. Feuerwehrangehörige, die unter Einsatzbedingungen – insbesondere bei Gefahren für Leib oder Leben Dritter - im Feuerwehrdienst eingesetzt werden, müssen ihnen bekannte aktuelle oder dauerhafte Einschränkungen ihrer Eignung der Unternehmerin oder dem Unternehmer bzw. der zuständigen Führungskraft unverzüglich und eigenverantwortlich melden.

Unterweisungen

Feuerwehrangehörige sind im Rahmen der Aus- und Fortbildung über die Gefahren im Feuerwehrdienst sowie über die Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen unterwiesen werden. Darüber hinaus gilt es nicht mehr nur Unfälle sondern auch Gesundheitsgefahren zu vermeiden. Die Unterweisungen sind zu dokumentieren.

Feuerwehrangehörige müssen insbesondere regelmäßig über die Inanspruchnahme von Sonderrechten im Straßenverkehr unterwiesen werden. Hierzu zählt die Fahrt mit dem privaten PKW von zu Hause zum Feuerwehrhaus sowie aufgrund des hohen Unfallrisikos, Fahrten unter Nutzung von blauem Blinklicht und Einsatzhorn.

Erste Hilfe

Aufgrund der Besonderheiten des Feuerwehrdienstes und der Verankerung der Erste-Hilfe-Ausbildung in der Ausbildung der Feuerwehrangehörigen, soll hier kurz auf die Besonderheiten eingegangen werden.

Gemäß DGUV Vorschrift 1 „Grundsätze der Prävention“ hat der Unternehmer Ersthelfer auszubilden. Das bezieht sich jedoch auf die Erste-Hilfe im Unternehmen.

Genau genommen somit für die Erste-Hilfe am Feuerwehrangehörigen.

Da die Feuerwehren ein Unternehmen zur Hilfeleistung bei Unglücksfällen ist, muss jeder Feuerwehrangehörige in Erste-Hilfe ausgebildet und regelmäßig fortgebildet werden.

Hier können landesrechtliche Regelungen von der DGUV Vorschrift 1 abweichen. So fordert die FwDV 2 „Ausbildung in der Feuerwehr“, dass die Ersthelferausbildung 16 Stunden umfasst, was somit von den Anforderungen der DGUV Vorschrift 1 abweicht.

Instandhaltung

Feuerwehreinrichtungen sind in Stand zu halten. Darüber hinaus sind schadhafte Ausrüstungen, Geräte und Feuerwehrfahrzeuge unverzüglich der Benutzung zu entziehen. Der Unternehmer ist für die Instandhaltung verantwortlich. Diese haben für den Entzug der Benutzung zu sorgen. Der Grund liegt vor allem darin, dass bei einem Entzug von feuerwehrtechnischem Gerät sich Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft ergeben können.

Prüfungen

Gerätschaften der Feuerwehr sind regelmäßigen Sicht-, Funktions- und teilweise auch Belastungsprüfungen zu unterziehen.

Schadhafte Ausrüstungsgegenstände sind der Benutzung zu entziehen.

Stellen Feuerwehrangehörige fest, dass Ausrüstungsgegenstände schadhaft sind, so ist das sofort den zuständigen Führungskräften zu melden.

5.2. Feuerwehreinrichtungen

Bauliche Einrichtungen

Bauliche Anlagen und Einrichtungen, dazu zählen neben den Feuerwehrhäusern selbst z. B. auch Übungsplätze und -anlagen, müssen so eingerichtet und beschaffen sein, dass Gefährdungen von Feuerwehrangehörigen vermieden und Feuerwehreinrichtungen sicher untergebracht oder entnommen werden können.

Bei Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen sollte daher die DIN 14092 Teil 1 „Feuerwehrhäuser; Planungsgrundlagen“ herangezogen werden. Besonderes Augenmerk sollte darüber hinaus auf kreuzungsfreie Wege sowie fahr- und trittsichere Oberflächen gelegt werden.

Um den Gesundheitsschutz zu gewährleisten, sollten baulichen Anlagen so gestaltet und eingerichtet sein, dass eine Kontaminationsverschleppung von Schadstoffen vermieden wird. Das beinhaltet beispielsweise eine Schwarz-Weiß-Trennung, aber auch leicht abwaschbare Oberflächen.

Persönliche Schutzausrüstungen

Im Feuerwehrdienst muss zum Schutz vor Gefahren die persönliche Schutzausrüstung (PSA) getragen werden. Die zur Verfügung gestellte PSA ist zu benutzen.

Neben der Grundausstattung, die jedem Feuerwehrangehörigen zur Verfügung stehen muss und die aus folgenden Ausrüstungsgegenständen besteht:

- Feuerweherschutanzug,
- Feuerwehrhelm mit Nackenschutz,
- Feuerweherschutzhandschuhe,
- Feuerweherschutschuhwerk

muss bei besonderen Gefahren eine den Gefahren angepasste zusätzliche persönliche Schutzausrüstung in ausreichender Anzahl vorhanden sein.

Der Unternehmer oder die Unternehmerin hat die spezielle PSA auszuwählen, aufeinander abzustimmen und zu beschaffen. Darüber hinaus hat er für die fachgerechte Reinigung und Pflege zu sorgen.

Welche spezielle PSA verwendet wird, bestimmt der Einsatzleiter anhand der im Einsatz vorherrschenden Gefahren.

Die persönlichen Schutzausrüstungen müssen den Feuerwehrangehörigen individuell passen und dürfen sich in ihrer Kombination nicht negativ beeinflussen.

Die Schutzkleidung ist den örtlichen Gegebenheiten, dem Einsatzspektrum sowie ggf. körperlichen Besonderheiten (z. B. orthopädischen Besonderheiten) anzupassen bzw. bei der Beschaffung zu berücksichtigen.

Ebenso ist die Schutzkleidung so zu wählen, dass Gefährdungen durch klimatische Gegebenheiten (Hitze, Kälte) vermieden werden.

5.3 Betrieb

Kinder und Jugendliche in der Feuerwehr

Aufgrund der Änderung vieler Brandschutzgesetze und der damit einhergehenden Einführung von Kinderabteilungen, müssen die Regelungen zum Schutze der Jugendlichen im Feuerwehrdienst um die „Kinderfeuerwehren“ erweitert werden.

Wichtig ist hier, die besondere Schutzbedürftigkeit der Kinder hinsichtlich körperlicher und psychischer Überlastung zu berücksichtigen. So steht bei den Betreuern der Kinder- und Jugendfeuerwehren immer wieder die Frage im Raum, was man mit welcher körperlichen und geistigen Belastung mit den Kindern und Jugendlichen machen darf. Auf diese Frage gibt es jedoch keine Standardantwort oder besser Liste. Wie bei den Erwachsenen auch, bei den Kindern und Jugendlichen jedoch verstärkt, hängt die zumutbare Tätigkeit individuell von der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit sowie den bisherigen Ausbildungsstand ab und muss im Einzelfall entschieden werden. Klar sollte jedoch sein, dass die Spanne der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit bei Kinder- und Jugendfeuerwehren groß und die Leistungsfähigkeit an sich weit geringer als bei den Erwachsenen ist.

Hier sollte man eher konservativ und zurückhaltend und zum Wohle des Heranwachsenden entscheiden.

Große Diskussionen gibt es auch immer wieder, wie weit man Angehörige der Jugendfeuerwehren im Feuerwehreinsatz einsetzen darf. Wie bisher dürfen Mitglieder der Jugendfeuerwehren nur gemäß den landesrechtlichen Regelungen (z. B. Brandschutz- und / oder Katastrophenschutzgesetze) und nur außerhalb des Gefahrenbereichs eingesetzt werden. Teilweise erlauben die landesrechtlichen Regelungen erst einen Einsatz ab Vollendung des 18. Lebensjahres. Hier dürfen Angehörige der Jugendfeuerwehr gar nicht an Einsätzen teilnehmen.

Kindern ist es generell verboten an Einsätzen teilzunehmen.

Betrieb von Feuerwehrfahrzeugen

Beim Betrieb von Feuerwehrfahrzeugen dürfen Feuerwehrangehörige nicht gefährdet werden. Das gilt insbesondere für Gefährdungen beim Verladen, Transportieren und Entladen.

So müssen

- Auszüge und Klappen unmittelbar nach der Geräteentnahme geschlossen bzw. eingeschoben werden,
- die Ladung so verlastet und gesichert sein, dass sie sich insbesondere auch während der Fahrt nicht unbeabsichtigt bewegt. Von besonderer Bedeutung ist dies, wenn Mannschaft und Ladung (Geräte, Ausrüstung) gemeinsam im Mannschaftsraum transportiert werden,
- Sicherheitsgurte benutzt werden (s. § 21a StVO),
- Kinderrückhalteeinrichtungen benutzt werden (§ 21 StVO). Grundsätzlich soll auf die Nutzung von Fahrzeugen ohne Sicherheitsgurte zur Beförderung von Kindern verzichtet werden.

Hinweise zur Ladungssicherung enthält auch die DGUV Information 205-024 „Unterweisungshilfen für Einsatzkräfte mit Fahraufgaben“.

Für den sicheren Betrieb von Wasserfahrzeugen der Feuerwehr müssen die Bootsführerin oder der Bootsführer die Grenzen des eingesetzten Bootes kennen und be-

achten. Dazu zählen der Einsatzbereich (z. B. Binnengewässer) und die betriebsbedingten Leistungsfähigkeiten, wie z. B. maximale Windgeschwindigkeit oder Wellenhöhe.

Feuerwehrfahrzeuge dürfen nur von Personen ab dem vollendeten 18. Lebensjahr geführt werden, die ihre Befähigung hierzu gegenüber der Unternehmerin oder dem Unternehmer nachgewiesen haben, im Umgang mit diesen unterwiesen sind, und dafür bestimmt wurden.

Zur Befähigung gehört eine Fahrerlaubnis entsprechend der Fahrzeugklasse unter Berücksichtigung landesrechtlicher Regelungen. Die erworbene Fahrerlaubnis ist im Führerschein eingetragen. Das Vorhandensein des gültigen Führerscheins von Einsatzkräften mit Fahraufgaben ist regelmäßig zu überprüfen. Die Überprüfung sollte halbjährig erfolgen.

Feuerwehrangehörige, die für das Fahren von Feuerwehrfahrzeugen bestimmt sind, haben bei Verlust der notwendigen Fahrerlaubnis die Unternehmerin bzw. den Unternehmer hierüber zu informieren.

Zur Unterweisung gehören die Einweisung und regelmäßige Fahrten mit den Feuerwehrfahrzeugen.

Rettungs- und Selbstrettungsübungen

Rettungs- und Selbstrettungsübungen aus Höhen und Tiefen sind so durchzuführen, dass Feuerwehrangehörige nicht gefährdet werden.

Verletzungen werden z. B. vermieden, wenn

- Rettungs- und Selbstrettungsübungen nur mit einer zusätzlichen Sicherung an einem weiteren Anschlagpunkt durchgeführt werden,
- vor Übungen aus den max. zulässigen Höhen Gewöhnungsübungen aus geringeren Höhen, beginnend bei Geschosshöhe, durchgeführt werden.
- Selbstrettungsübungen nur bis zur Höhe von 8 m durchgeführt werden.
- bei Rettungsübungen aus Höhen oder Tiefen keine Personen auf Tragen eingesetzt werden,

- bei Übungen in Schächten, Behältern, Silos usw. das Vorhandensein von gesundheitsgefährdenden Stoffen ausgeschlossen ist.

Bei Ausbildung, Übungen und Vorführungen sind Sprungrettungsgeräte so zu handhaben sowie Fallkörper und -höhen so zu wählen, dass die Bedien- bzw. Haltemannschaft nicht gefährdet wird.

Es ist weiterhin verboten, Personen zu Ausbildungs-, Übungs- oder Vorführzwecken springen zu lassen. Bei Übungen und Vorführungen mit Sprungrettungsgeräten ist das Gewicht des Fallkörpers auf 50 kg und die Fallhöhe auf 6 m zu begrenzen.

Hydraulisch betätigte Rettungsgeräte und Hebekissensysteme

Hydraulisch betätigte Rettungsgeräte und Hebekissensysteme sind so einzusetzen, dass Feuerwehrangehörige nicht gefährdet werden. Dabei sind insbesondere Augen- und Gesichtsverletzungen zu vermeiden. Zu bewegende Lasten sind gegen unbeabsichtigte Lageveränderungen zu sichern.

Verletzungen werden z. B. vermieden, wenn

- ein geeigneter Gesichtsschutz getragen wird,
- der Aufenthalt von Einsatzkräften im Gefahrenbereich auf das Notwendigste beschränkt wird,
- durch geeignete Maßnahmen sichergestellt ist, dass Feuerwehrangehörige durch freigesetzte oder auf andere Gegenstände übertragene Energien nicht verletzt werden,
- Schneidgeräte am zu schneidenden Teil möglichst rechtwinklig angesetzt werden,
- mit dem Rettungsgerät so gearbeitet wird, dass Gefährdungen durch das Wegschnellen unter Materialspannung stehender Teile vermieden werden,
- bei Übungen keine Schneidversuche an zu starken oder zu festen Materialien (vgl. Einsatzgrenzen lt. Betriebsanleitung) durchgeführt werden,
- Tragmittel und Last von der bedienenden Einsatzkraft einsehbar sind.

Siehe auch DGUV Information 205-010 „Sicherheit im Feuerwehrdienst“.

Befehlseinrichtungen von Hebekissensystemen sind so aufzustellen, dass die Bediener weder durch Tragmittel noch durch Lasten gefährdet werden.

Verletzungen werden z. B. vermieden, wenn für den Aufstellungsort der Bedieneinrichtung die zur Verfügung stehende Schlauchlänge zum Erreichen eines möglichst großen Sicherheitsabstandes ausgenutzt wird.

Hebekissensysteme sind so aufzustellen und zu benutzen, dass das System durch äußere Einwirkungen nicht beschädigt wird.

Hierzu dient z. B., wenn Hebekissensysteme so aufgestellt und benutzt werden, dass spitze oder scharfe Gegenstände sowie thermische oder chemische Einwirkungen das System nicht beschädigen.

Dienst an und auf Gewässern

Während bisher recht unspezifisch gefordert wurde, dass bei der Gefahr des Ertrinkens Auftriebsmittel zu tragen sind, wird jetzt gefordert, dass geeignete Auftriebsmittel zu tragen sind. Dadurch wird dem Umstand Rechnung getragen, dass bisher teilweise die Planung eines Einsatzes an Gewässern und die Bestimmung der Auftriebsmittel schlecht oder gar nicht durchgeführt wurden. Mit der neuen Beschreibung wird darauf hingewiesen, dass der Einsatzleiter die den Gefahren entsprechenden PSA zu bestimmen hat. Dazu zählt eben auch, dass nicht nur bei der Gefahr des Ertrinkens Auftriebsmittel getragen werden, sondern dass diese auch geeignet sind. Zusätzliche Anforderungen an Auftriebsmittel können z. B. aufgrund der Kleidung der notwendige Auftrieb sein oder bei einer Brandbekämpfung eine speziell hierfür entwickeltes Auftriebsmittel.

Darüber hinaus gilt, dass wenn es nicht möglich ist ein geeignetes Auftriebsmittel zu tragen, eine Sicherung auf andere Art und Weise herzustellen ist.

Taucheinsatz

Taucherinnen oder Taucher der Feuerwehr dürfen nur zu solchen Taucheinsätzen herangezogen werden, für die sie ausgebildet und ausgestattet sind.

Einsatz mit Atemschutzgeräten

Können Feuerwehrangehörige durch Sauerstoffmangel oder durch Einatmen gesundheitsschädigender Stoffe gefährdet werden, müssen je nach der möglichen Gefährdung geeignete Atemschutzgeräte benutzt werden.

Beim Einsatz mit von der Umgebungsatmosphäre unabhängigen Atemschutzgeräten ist dafür zu sorgen, dass eine Verbindung zwischen Atemschutzgeräteträgerin oder Atemschutzgeräteträger und Feuerwehrangehörigen, die sich im nicht gefährdeten Bereich aufhalten, sichergestellt ist.

Nach bisheriger häufiger Interpretation der UVV ist die Rede davon, dass je nach Situation ein Rettungstrupp zum sofortigen Einsatz bereit stehen muss. Auch wenn in der FwDV 7 „Atemschutz“ diese Forderung schon konkretisiert und genauer ausgeführt wurde, so wurde in der Umsetzung häufig das Wort „ein“ mit der Zahl 1 gleich gesetzt. Mit der Folge, dass an einer Einsatzstelle häufig auch nur ein Rettungstrupp zur Verfügung stand, obwohl gemäß FwDV 7 sowie der realen Lage (Anforderung) mehrerer Rettungstrupps hätten vorhanden sein müssen.

Es gilt daher wie folgt:

Ist die Rettung eingesetzter Atemschutzgeräteträgerinnen oder Atemschutzgeräteträger ohne Atemschutz nicht möglich, müssen Sicherheitstrupps in ausreichender Zahl zur sofortigen Rettung bereitstehen. Eine Überwachung der eingesetzten Atemschutzgeräteträgerinnen und Atemschutzgeräteträger ist sicherzustellen. Es sind geeignete Maßnahmen zur Notfallrettung vorzusehen. Was „in ausreichender Zahl“ bedeutet ist vom Einsatzgeschehen abhängig. Wie schon in der FwDV 7 konkretisiert muss z. B. pro Angriffsweg ein Trupp parat stehen. Hinzu kommt, dass die Erfahrung gezeigt hat, dass ein Trupp zur Rettung eines verunfallten Trupps häufig unzureichend ist.

Atemschutzüberwachung

Häufig wird die Überwachung an eine Atemschutzüberwachung abgegeben. Das kann jedoch auch dazu führen, dass eine Überwachung durch den Einheitsführer nicht mehr stattfindet. Die ASÜ ist somit nicht mehr „Unterstützer“ sondern der Überwacher selbst und übernimmt somit Führungsaufgaben, was falsch ist. Die Überwachung der Trupps obliegt immer noch dem jeweiligen Einheitsführer (siehe auch FwDV 7 „Atemschutz“).

Sollte es zu einem Unfall kommen, müssen geeignete Mittel für eine Notfallrettung bereit stehen.

Einsturz- und Absturzgefahren

Bei Gefahr eines Absturzes sind zum Schutz der Feuerwehrangehörigen Sicherungsmaßnahmen zu treffen.

Das gilt ebenso für Objekte, deren Standsicherheit zweifelhaft ist.

Decken und Dächer, die für ein Begehen aus konstruktiven Gründen oder durch Brand und sonstige Einwirkungen nicht ausreichend tragfähig sind sowie sonstige Stellen mit Absturzgefahr dürfen nur betreten werden, wenn Sicherungsmaßnahmen gegen Durchbruch und Absturz getroffen sind.

Gefährdung durch elektrischen Strom

Feuerwehrangehörige dürfen nicht durch elektrischen Strom gefährdet werden.

Muss im Ausnahmefall die Stromversorgung aus fremden elektrischen Netzen erfolgen, ist durch Verwendung einer Personenschutzeinrichtung sicherzustellen, dass keine Gefahren für Feuerwehrangehörige entstehen.

Bei Einsätzen in elektrischen Anlagen und in deren Nähe sind Maßnahmen zu treffen, die verhindern, dass Feuerwehrangehörige durch elektrischen Strom gefährdet werden.

6. Zusammenfassung

Egal ob Brandbekämpfung, technische Hilfeleistung, Gefahrenabwehr, usw.: Feuerwehrdienst ist und bleibt gefährlich. Es besteht ein hohes Unfallrisiko, weil gerade hier aufgrund einer Vielzahl von möglichen Gefahrenquellen und den erhöhten Anforderungen und Belastungen an die Feuerwehrangehörigen ein hohes Unfallrisiko besteht.

In diesem Medienpaket wurde auf Grundlagen und viele wesentliche Bestimmungen der Unfallverhütung hingewiesen, die in der UVV „Feuerwehren“ aber auch in UVV „Grundsätze der Prävention“ (DGUV Vorschrift 1) beschrieben sind.

Entscheidend für den Erfolg bei der Unfallverhütung sind nicht allein die körperliche und geistige Eignung sowie die fachliche Befähigung der Feuerwehrangehörigen.

Es sind auch die speziellen Anforderungen hinsichtlich der Organisation, der Feuerwehreinrichtungen und des Betriebes zu berücksichtigen. Die Gefährdungsbeurteilung und die Organisation, d. h. die klare Abgrenzung und Festlegung der Verantwortlichkeiten, tragen ebenfalls zur Prävention bei.

Dieses Medienpaket soll zur sicheren Gestaltung des Feuerwehrdienstes beitragen, erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist keine Ausbildungsanleitung im Sinne einer Feuerwehr-Dienstvorschrift.

7. Literatur

DGUV Vorschrift 1	UVV „Grundsätze der Prävention“
DGUV Vorschrift 49	UVV „Feuerwehren“
DGUV Information 205-008	„Sicherheit im Feuerwehrhaus“
DGUV Information 205-010	„Sicherheit im Feuerwehrdienst“
DGUV Information 205-014	„Auswahl von persönlicher Schutzausrüstung für Einsätze bei der Feuerwehr“
DGUV Information 205-021	„Leitfaden zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung im Feuerwehrdienst“

Anhang 1: Hauptmenü der DVD

Die DVD, auf der auch der Inhalt dieses Heftes Bestandteil (Text im pdf-Format) ist, hat folgendes Hauptmenü:



Anhang 2: Liste der Medienpakete

Bisher erschienene Medienpakete der Arbeitsgemeinschaft der Feuerwehr-Unfallkassen seit 1989:

als Medienpaket mit Videokassette

(dieser Datenträger wird nicht mehr ausgeliefert und ist ersetzt durch DVD)

1. „Wasserförderung I“ (aktualisiert durch Medienpaket „Wasserförderung – Sicheres Fördern von Wasser“)
2. „Atemschutz im Löscheinsatz“
(aktualisiert durch Medienpaket „Brandgefährlich“)
3. „UVV Feuerwehren“
4. „Gefährliche Stoffe und Güter I“
5. „Wasserförderung II“ (aktualisiert durch Medienpaket „Wasserförderung – Sicheres Fördern von Wasser“)
6. „Technische Hilfeleistung I“
7. „Technische Hilfeleistung II“
8. „Fit For Fire“
9. „Fit For Fire in the Future“
10. „Sicher zu Einsatz und Übung“
11. „Brandgefährlich“
12. „Jugendfeuerwehr I - Lager und Fahrten“
13. „Jugendfeuerwehr II - Übungs- und Schulungsdienst“
14. „Feuerwehrdienstliche Veranstaltungen“

als Medienpaket mit DVD

15. „Grundsätze der Prävention“
16. „Wasserförderung – Sicheres Fördern von Wasser“
17. „Persönliche Schutzausrüstung“
18. „Feuerwehrwettkämpfe“
19. „Das sichere Feuerwehrhaus“
20. „Sicherer Transport von Mannschaft und Gerät“
21. „Die sichere Einsatzstelle“
22. „Kinder in der Feuerwehr“
23. „Die sichere Heiausbildung“
24. „Sicherer Einsatz an und auf dem Wasser“
25. „Sicherer Übungs- und Schulungsdienst“

[illegible]